Schafisheim

Gemeindekanzlei

Gemeindeverwaltung
Winkelgasse 1
5503 Schafisheim

Telefon 062 888 30 40
gemeindekanzlei@schafisheim.ch
www.schafisheim.ch

Protokoll
der gemeinsamen Sitzung Finanzkommission / Gemeinderat vom 10. Mai 2021

Anwesend Finanzkommission	David Fischer, Präsident Finanzkommission Sandra Huber Elsbeth Martin Maja Pfrunder Yvonne Keller
Anwesend Gemeinderat	Roland Huggler, Gemeindeammann Nadine Widmer, Vizeammann Simonetta Cator Stirnemann, Gemeinderätin Marcel Müller, Gemeinderat Christian Vogel, Gemeinderat Gabriela Renner, Leiterin Finanzen Stefan Ackermann, Gemeindeschreiber
Entschuldigt	-/-

Das Protokoll wird von Seiten des Gemeinderats durch den Gemeindeschreiber geführt.

Beginn der Sitzung	18.00 Uhr
Schluss der Sitzung	19.00 Uhr

1. Protokollgenehmigung

Zum Protokoll der letzten Zusammenkunft vom 12. Oktober 2020 sind keine Bemerkungen anzubringen. Das Protokoll ist somit genehmigt.

2. Besprechung Erläuterungsbericht Rechnung 2020

Zum besseren Verständnis des Protokolls sind die Fragen dem Erläuterungsbericht Rechnungsprüfung 2020 zu entnehmen. In einer ersten Runde hat der Gemeinderat sämtliche Fragen der Finanzkommission schriftlich beantwortet. Anlässlich der Sitzung werden offene Punkte geklärt.

1. Ergebnis, Bilanz und Kennzahlen

c) Kennzahlen
Schriftliche Antwort des Gemeinderats:
Der Gemeinderat beurteilt die erwähnten Kennzahlen ebenfalls als solide.
Gegenüber der Rechnung 2019 konnte die Nettoschuld pro Einwohner um CHF 559.00 reduziert werden, was 14.85 % ausmacht. Der kantonale Gradmesser "Nettoschuld I pro Einwohner" bis CHF 2'500 ist nicht erreicht. Jedoch ist die finanzielle Leistungsfähigkeit als ergänzende Beurteilung mit der Kennzahl "Selbstfinanzierungsanteil" von 10.56 % nach kantonalen Vorgaben vertretbar.

Es sind keine Wortmeldungen gewünscht.

1. Erfolgsrechnung
III Bildung
Schriftliche Antwort des Gemeinderats:
Die Bauten entsprechen dem üblichen Standard und wurden gemäss Werkvertrag ausgeführt. Da die Lehrperson im entsprechenden Schulraum die Hitze mehrfach beanstandete, wurde eine Abklärung in Auftrag gegeben. Es musste eine andere Lösung gefunden werden.

Im blauen Schulhaus gibt es im UG einen Technikraum. Dort ist beim letzten starken Regen Wasser durch die Wand gedrungen. Zurzeit prüft Architekt Lukas Imhof, wer damals für die Bauausführung in diesem Bereich zuständig war.

Dem Gemeinderat sind keine weiteren Qualitätsmängel an den beiden Neubauten bekannt.

Es sind keine Wortmeldungen gewünscht.

VI Soziale Sicherheit
Follow-Up Budgetprüfung 2021
Schriftliche Antwort des Gemeinderats:
Der Gemeinderat präzisiert die von der Finanzkommission zitierte Aussage, wonach trotz gestiegener Sozialhilfeausgaben kein höheres Stellenpensum notwendig werden würde. Es war und ist zum heutigen Zeitpunkt kein höheres Stellenpensum für den Bereich "Sozialdienst" notwendig. Allerdings war bereits früher der Bereich Kindes- und Erwachsenenschutzdienst latent am Limit. Hier gilt es zu unterscheiden zwischen "Sozialdienst", also Ausrichtung von materieller Hilfe und Beratung, Alimentenbevorschussung etc. als ein Hauptgebiet. Das zweite Hauptgebiet ist der Kindes- und Erwachsenenschutzdienst, sprich die Beistandschaften und Kindesschutzmassnahmen. Für diesen Bereich unterstehend die Mandatsträgerinnen den Weisungen und Regelungen des Familiengerichts bzw. des Obergerichts. Verschärft wurde die personelle Situation aufgrund nachstehend ausgeführter Punkte:

Als umfassende Erläuterung der Problematik verweist der Gemeinderat auf den Bericht mit Antrag der Abteilungsleiterin Monika Müller. Die Kostenberechnung im Antrag entspricht nicht den aktuellen Gegebenheiten.

Die Situation bei den Sozialen Diensten setzt sich aus verschiedenen Gebieten zusammen:

1. Personalfindung und Einarbeitung

Mit der im Mai 2020 eingestellten Sachbearbeiterin Soziale Dienste zu 50 % zeichnete sich eine Erleichterung in der operativen Unterstützung ab, zumal deren Pensum um 20 % (von 30 auf 50) erhöht wurde. Anfänglich zeigte die Mitarbeiterin viel Engagement und Lernbereitschaft. Im Verlauf der kommenden Monate konnte sie jedoch die an sie gestellten Anforderungen nicht mehr erfüllen. Der Gemeinderat musste sich von der Mitarbeiterin trennen. Die Stelle wurde zur Neubesetzung ausgeschrieben. Nach mehrmaligen Ausschreibungen und vielen Bewerbungsgesprächen konnte per 19. April 2021 eine neue Sachbearbeiterin zu 50 % angestellt werden.

2. Pendenzenaufarbeitung und Erledigung Tagesgeschäft

Während der Arbeitsdauer der genannten Sachbearbeiterin sind einige Arbeiten liegen geblieben. Andere wurden mangelhaft ausgeführt und wiederum andere Arbeiten mussten im Nachgang mühsam kontrolliert und korrigiert werden. Der Einarbeitungsaufwand, der Zusatzaufwand für Behebungen und Aufarbeitungen und die Erledigung des Tagesgeschäfts in dieser Zeit von Mai bis Dezember haben einen Rückstand verursacht. Die Mitarbeiterin wurde von der Abteilungsleiterin stets eng betreut. Es wurde mit Zielsetzungen gearbeitet.

Während der Vakanz der Sachbearbeitung Soziale Dienste von Januar bis April ist die Gemeindeschreiber-Stv. eingesprungen, konnte aber verständlicherweise nicht die gesamten 50 % überbrücken. Sie hat sich den allerdringlichsten Arbeiten angenommen.

In der Zeit von Januar bis Mitte April waren die Abteilungsleiterin und der Gemeindeschreiber mehrfach absorbiert für Vorstellungsgespräche und Verhandlungen. Unabhängig voneinander haben zwei valable Kandidatinnen ihre Zustimmung zum Arbeitsverhältnis kurzfristig zurückgezogen; eine davon sogar nach Vertragsunterzeichnung. Die Abteilungsleiterin war durch die lange Personalfindungszeit mehrere Stunden absorbiert von ihrem eigentlichen Berufsauftrag.

3. Schnelle Zunahme von Kindesschutzfällen

Seit Spätsommer 2020 nimmt der Gemeinderat eine rasante und stark ansteigende Zunahme von Kindesschutzfällen in Schafisheim wahr. Die Bearbeitung dieser Kindesschutzfälle ist eine dringliche Arbeit, die jeweils sofort angegangen werden muss. Eine Berichtsverfassung mit den dazugehörenden Abklärungen zuhanden des Gerichts nimmt gemäss Auskunft der Leiterin Abteilung Soziale Dienste 20 bis 25 Stunden in Anspruch. Diese Veränderung im sozialen Gefüge nimmt auch die Schulleitung wahr. Aktuell geht der Gemeinderat davon aus, dass es sich um Aus- oder Nachwirkungen der Covid-19-Einschränkungen handelt. Ob es aber tatsächlich "nur" wegen den Einschränkungen ist oder doch dem Lauf der Zeit entspricht, ist heute nicht eruierbar. Diese Schlussfolgerung kann vermutlich erst einige Zeit nach der Pandemie, wenn sich die gesamte Lage erholt und stabilisiert hat, bestätigt oder dementiert werden. Siehe dazu auch die Erläuterung im Bericht von Monika Müller, Leiterin Abteilung Soziale Dienste.

4. Schutz der Mitarbeitenden

Die Mitarbeitenden der Sozialen Dienste weisen latent einen hohen, aber noch akzeptablen Gleitzeitsaldo aus und bekunden Mühe, ihre Ferien abzubauen. Der Gemeinderat achtet streng darauf, die Gleitzeit- und Feriensaldi im akzeptablen Bereich zu halten.

Kurzzeitige Lösung

Um die vorstehenden Probleme rechtzeitig lösen zu können, bevor der Arbeitsaufwand ein Ausmass annimmt, das nicht mehr abgearbeitet werden kann, hat sich der Gemeinderat entschieden, eine befristete Pensenerhöhung zu bewilligen. Damit kann während 12 Monaten die Arbeit bewältigt werden. Bis dahin ist zu hoffen, dass sich die Pandemie legt und die Folgen daraus erkennbar werden.

Welche zusätzlichen Massnahmen wurden in den letzten 4 Monaten getroffen?

Hier ist es wichtig zu verstehen, dass die massive Arbeitszunahme in erster Linie auf den Kindesschutzmassnahmen (Gefährdungsmeldungen) gründet. Das gehört zum Bereich Kindes- und Erwachsenenschutzrecht und wird vom Familiengericht Lenzburg angeordnet.
Die Fälle von materieller Hilfe sind relativ konstant. Es ist aber zu erwarten, dass zukünftig eine Zunahme erfolgt, sobald die Kurzarbeitsgelder und Arbeitslosengelder nicht mehr gesprochen werden.

Getroffene Massnahmen:

- *Die Sozialen Dienste haben sämtliche Aufträge des Familiengerichts angenommen und nach ihren Möglichkeiten ausgeführt, so dass das Gericht keine externen Fachstellen mit der Arbeitserledigung beauftragen musste. Die Kosten für externe Fachstellen würden die Gemeinde Schafisheim stark belasten.*
- *Mit der Schulleitung wurde abgesprochen, dass sich abzeichnende Kindswohlgefährdungen sofort mit der Sozialdienstleiterin abgesprochen werden. Damit kann im besten Fall bereits eingegriffen und reagiert werden, bevor das Familiengericht einen entsprechenden Auftrag zur Abklärung erteilen muss. Das kann in besagtem Fall den Arbeitsaufwand reduzieren. Im Zweifelsfall muss die Schulleitung dennoch eine Gefährdungsmeldung absetzen und Verfahren wird in Betrieb gesetzt. Der Arbeitsaufwand ist immens.*
- *Der Gemeindeschreiber hat zusammen mit der Leiterin Soziale Dienste intensiv nach einer passenden Stellenbesetzung gesucht, Vorstellungsgespräche geführt und vermeintliche Anstellungen beschlossen. Da der Markt derzeit ausgetrocknet ist, zeigt sich die Stellenbesetzung erschwert (siehe dazu das Stellenportal www.sozialinfo.ch sowie www.gemeinden-ag.ch).*
- *Der Gemeindeammann steht nach wie vor in Kontakt mit weiteren interessierten Gemeinden für eine Zusammenarbeit bei den Sozialen Diensten, um das Kosten-/Nutzenverhältnis zu optimieren. Mit den Einschränkungen wegen der Covid-Pandemie sind die damaligen Gespräche mit interessierten Gemeinden eingeschlafen. Jedenfalls ist zum jetzigen Zeitpunkt weder eine Zu- noch eine Absage vorliegend.*
- *Nach der Pandemie wird sich der Gemeinderat aktiv und öffentlich auf "Brautschau" begeben.*
  Für Gespräche zwecks Zusammenarbeit mit der Gemeinde Seon und/oder den umliegenden Gemeinden ist der Gemeinderat offen. Bislang ist erst die Anfrage für Gesprächsbereitschaft eingegangen.

Die Abteilung Soziale Dienste setzt sich aus den Konten 5790.3010.00 bis 5790.3611.00 zusammen. Die Kosten bis und mit Konto 5790.3055.00 beziehen sich auf die Personalkosten. Die weiteren Konten decken Aus- und Weiterbildung, Büromaterial und Geräte, Softwareunterhalt, Abschreibungen etc.

Wortbegehren der Finanzkommission
David Fischer, Präsident der Finanzkommission, möchte wissen, ob sich der Gemeinderat mit Zielen für die Sozialen Dienste befasst hat. Im Sinne der wirkungsorientierten Verwaltungsführung (New Public Management) seien Ziele zu setzen.

Gemeindeammann Roland Huggler erläutert, dass keine jährlich definierten schriftlichen Ziele vorliegen. Allerdings finden monatliche Rapporte mit der Abteilungsleiterin statt. Eine Zieldefinition ist schwierig, da ein gesetzlicher Auftrag umgesetzt werden muss. Die Vorgaben für den Umgang mit Sozialhilfe sind klar festgelegt. Die Sozialen Dienste leisten dort Hilfe, wo sie benötigt wird. Wer Anspruch auf materielle Hilfe hat, erhält diese. Wer sich nicht an die Regeln hält wird entsprechend gemassregelt. Und wer die materielle Hilfe ausnutzt oder sogar betrügt, wird angezeigt.
Für den Bereich Kindes- und Erwachsenenschutzdienst werden die Ziele bzw. Aufträge auf Ebene des Familiengerichts festgelegt bzw. durch übergeordnete gesetzliche Regelungen definiert.

Maya Pfrunder stellt fest, dass eine Stellenpensenerhöhung über 50 % für 12 Monate befristet wurde. Gemäss Bericht der Abteilungsleiterin wäre jedoch eine Festanstellung notwendig.

Gemeindeammann Roland Huggler bestätigt, dass das aus der Sicht der Leiterin Soziale Dienste sicherlich stimmen mag. Im Kontakt mit dem Mitarbeiterinnen der Sozialen Dienste hat er festgestellt, dass die Arbeitslast auch psychisch drückt. Der Gemeinderat hat jedoch nicht einfach dem Antrag stattgegeben, sondern diesen auf 12 Monate befristet; einerseits aus Spargründen und andererseits, weil die Stellenprozente nicht von der Gemeindeversammlung bewilligt sind. In einigen Monaten ist möglicherweise erkennbar, ob Covid bzw. der Wegfall der Einschränkungen, einen Einfluss auf die Sozialen Dienste haben wird.

Sandra Huber möchte wissen, ob die befristete Anstellung nicht vor die Gemeindeversammlung muss.

Gemeindeammann Roland Huggler erklärt, dass der Gemeinderat im Sinne einer Notfallregelung gewisse Ausgaben tätigen kann und muss, um den Betrieb am Laufen zu halten. Alternativ wäre ein externes Büro zu beauftragen gewesen, was teurer gekommen wäre.

Die neue Mitarbeiterin erscheint fachlich gut ausgewiesen, allerdings nicht exakt in unserem Bereich. Sie hat als Betreuungsperson gearbeitet und stand in sehr engem Kontakt mit Beiständen. Insofern kennt sie die Situation. Der Arbeitsmarkt ist leider ausgetrocknet. Dies zeigt sich auch mit der Studie über Sozialarbeiter, die sich am Rande eines Burnouts bewegen (siehe dazu Presseartikel Jede dritte Fachperson der Sozialen Arbeit am Rande des Burnout - SWI swissinfo.ch)

David Fischer fragt nach, ob deshalb der Trend zunehmend sei. Er bezieht sich auf Presseartikel über Gemeinden, die ihre Sozialdienstauslagen senken konnten (bspw. Aarburg). **Gemeinde-**

ammann Roland Huggler bestätigt dies aufgrund der momentan vorliegenden Zahlen. Im Bereich Soziale Dienste ist es wichtig zu unterscheiden zwischen materieller Hilfe, sprich Sozialhilfe, und dem Kindes- und Erwachsenenschutzdienst. Dieser untersteht dem Familiengericht. Die Presseartikel über die "günstigen" Sozialdienste ist deshalb mit Vorsicht zu geniessen. Viele Gemeinden führen lediglich Sozialhilfe und der Kindes- und Erwachsenenschutzdienst wird regional abgedeckt.

Gemeindeammann Roland Huggler erklärt, dass eine momentan teure Lösung zum Kindswohl wohl bald durch eine günstigere abgelöst werden könnte. Es ist so, dass diese teure Lösung für die Kindsunterbringung nicht gefruchtet hat. Da gemäss den einschlägigen rechtlichen Vorgaben immer die moderateste und adäquateste Massnahme umgesetzt werden muss, wurde zuerst das Kind mit der Mutter gemeinsam in ein begleitetes Wohnen platziert. Da dies nun nicht gefruchtet hat und das Kind nach wie vor gewalttätig ist, wird es möglicherweise fremdplatziert. Die Fremdplatzierung kostet in aller Regel weniger als die gemeinsame Platzierung von Mutter und Kind.

Maya Pfrunder möchte wissen, ob es sinnvoller wäre, den KESD und die Sozialhilfe je separaten Funktionen in der Buchhaltung zuzuordnen.

Gaby Renner, Leiterin Abteilung Finanzen erklärt, dass dies rechtlich und tatsächlich machbar wäre. Allerdings erscheint momentan diese Aufteilung sehr aufwendig, da die Aufschlüsselung mittels Arbeitsrapporten erfolgen müsste. Dies wiederum benötigt relativ viel Zeit für aktuell wenig Nutzen. Einige Aufgaben werden gleichzeitig für beide Fachgebiete erledigt und gewisse Personen sind von beiden Fachstellen betreut.

David Fischer möchte wissen, wie es sich mit der Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden verhält.

Gemeindeammann Roland Huggler gibt bekannt, dass der Gemeinderat mit einer anderen Gemeinde in engem Kontakt stand. Die intensiven Gespräche im vorletzten Frühjahr wurden verzögert, da besagte Gemeinde in einem personellen Umbruch und die weitere Zukunft zu diesem Zeitpunkt ungewiss war. Anschliessend haben die Einschränkungen wegen Covid-19 die Verhandlungen verzögert. Auf die letzte Kontaktaufnahme vor wenigen Tagen ist noch keine Rückmeldung erfolgt.

Eine Zusammenarbeit mit Seon oder allen zukünftigen Partnergemeinden könnte interessant sein für Schofise. Es haben bereits mit Seon Gespräche stattgefunden. Seon war allerdings damals sehr zögerlich. Heute ist auch klar weshalb. In den kommenden Wochen werden wir mit dem Gemeinderat Seon nochmals Kontakt aufnehmen, um unser Interesse für eine Zusammenarbeit beim Sozialdienst zu bekunden.

Bisher war der Gemeinderat sehr zurückhaltend mit Werbung bei anderen Gemeinden. Dies aus dem Grund, da man den Kontakt mit den SDRL sowie die Zusammenarbeit mit den anderen Gemeinden in allen Belangen nicht trüben wollte. Nun sind aber einige Jahre ins Land gezogen und eine Kontaktaufnahme, sprich eine schriftliche Anfrage an interessante Gemeinden, wäre durchaus denkbar. Leider stehen für Hunzenschwil und Rupperswil die Chancen eher schlecht, da dort Gemeinderatsvertreter im Vorstand des SDRL sind. Der Gemeinderat wird sich nach den Sommerferien verstärkt um eine Partnerschaft bemühen.

Es ist nach wie vor ein ausgesprochenes Ziel des Gemeinderats, dass wir eine oder mehrere Gemeinden finden wollen, die mit uns die Sockelkosten teilen. Sobald wir mit einer anderen Gemeinde zusammenarbeiten, müssen die Stunden pro Klient erfasst werden, damit diese auch weiterverrechnet werden können. Es wird dann das bezahlt, was bezogen wird.

David Fischer erklärt, dass die Finanzkommission den Sozialdienst als riesengrosses Problem sieht. Die Gemeinde Schafisheim muss dieses Problem in den Griff bekommen. Die Kosten steigen immer mehr.

Gemeinderat Marcel Müller erklärt dazu, dass sich die Zeit rasant verändert. Der Vergleich heute und vor zwei Jahren sind Welten. Die Anträge im Gemeinderat vor zwei Jahren waren ganz etwas anderes als heute. Was hier teilweise vorliegt ist haarsträubend.

Im Dorf wird gebaut und der Gemeinderat hat darauf keinen Einfluss. Man kann den Bauherren nicht verbieten, ein Mehrfamilienhaus zu bauen. Ob nun bei den Sozialen Diensten Region Lenzburg (SDRL) weniger Fälle anfallen würden, ist unklar.

David Fischer betont, dass er genau davon spricht. Bei den anstehenden Baugesuchen sind grosse Kindesschutzzahlen zu erwarten. Aus diesem Grund muss der Gemeinderat eine Strategie erarbeiten, wie damit umzugehen wäre.

Vizeammann Nadine Widmer erklärt, dass der Gemeinderat sehr gerne Vorschläge entgegen nimmt. Die gesetzlichen Aufträge sind jedoch umzusetzen und der Gemeinderat hat keinen Einfluss darauf.

David Fischer erklärt, dass die Finanzkommission in den letzten zwei Jahren Vorschläge eingebracht hat. Die Finanzkommission sieht nur die Zahlen. Es ist nicht ihre Aufgabe, eine Strategie zu erarbeiten.

Gemeinderat Marcel Müller betont erneut, dass niemandem ein Baugesuch verwehrt werden kann, wenn es den gesetzlichen Anforderungen entspricht. Strategien können zwar zurechtgelegt, aber leider nicht beeinflusst werden.

David Fischer führt weiter aus, dass die Finanzkommission keine Strategien bekannt geben muss. Es gibt Strategien, aber diese müssen nicht von der Finanzkommission erstellt werden. Anhand der letzten vier Jahre ist ersichtlich, dass die Kosten jedes Jahr ausnahmslos gestiegen sind.

Gemeinderätin Simonetta Cator Stirnemann erklärt, dass die Strategie dahin geht, dass der Sozialdienst gut funktioniert. Das heisst, dass Bedürftigen geholfen wird und die Schmarotzer werden gemassregelt. Aus diesem Grund hat man auch so viel Arbeit. Mit der regelmässigen Überprüfung werden Schmarotzer aufgedeckt. Und genau das benötigt so viel Zeit und Arbeit. Dem Gemeinderat liegen immer wieder Anträge oder Verwaltungsentscheide über Kürzungen vor.

Gemeinderat Marcel Müller erkennt als einziges Türchen die Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden. Dies braucht aber Zeit für Verhandlungen, Versammlungen und Kündigungen der bestehenden Lösungen. Eine Umsetzung innerhalb der nächsten ein bis drei Jahre erscheint

sehr sportlich. Wir können nur die Kosten verteilen. Die Aufwendungen kommen einfach, unabhängig von der politischen Haltung.

Gemeindeammann Roland Huggler ruft in Erinnerung, dass die Abteilung Sozialhilfe und Kindes- und Erwachsenenschutz betreut. Egal wo wir angeschlossen sind, die KESD bezahlen wir hier oder auswärts. Die Sozialhilfe war bereits vor dem Aufbau der Sozialen Dienste hier angesiedelt.

Der Arbeitsaufwand für den Kindes- und Erwachsenenschutzdienst hat massiv zugenommen. Die Aufträge wurden länger und umfangreicher. Früher waren es beispielsweise drei Aufträge für einen Kindesschutzfall, heute sind es in aller Regel mehrere Aufträge, sprich eine ganze A4-Seite voll. Zur Veranschaulichung: Bei dem tragischen Tötungsdelikt ist die Beiständin vom Gericht beauftragt, für die minderjährigen Kinder alles zu regeln, das heisst vom Wohnsitz über die Beerdigung, die finanziellen Angelegenheiten generell, die Erbschaft im Speziellen, die Schule, die Betreuung, einfach alles. Das ist enorm zeitaufwendig.

Aufgrund der Sachlage kann keine Strategie erkannt werden, welche solche Aufwendungen abwendet.

Vizeamman Nadine Widmer erkundigt sich, welche Lösungen die Finanzkommission für Sparmassnahmen erkennt.

David Fischer führt aus, dass Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden und freiwillige Beratungen durch andere Institutionen erfolgen können.

Gemeindeammann Roland Huggler erklärt, dass bereits heute die Jugend-, Ehe- und Familienberatung eine Triagefunktion hat.

Die Finanzkommission ist überzeugt, dass Lösungen gefunden werden müssen, weil die Auslagen so hoch sind.

Gemeinderätin Simonetta Cator Stirnemann führt aus: Die Lösungen kosten. Der Gemeinderat will immer optimieren. Schlussendlich will der Gemeinderat auch keine teure Lösung und vor dem Steuerzahler immer mehr Geld verlangen. Allerdings geht es bei den Sozialen Diensten um Menschen und deshalb ist das nicht zu lösen wie eine rein administrative Abteilung. Die Schwierigkeiten sollen nach bestem Wissen und Gewissen gelöst werden; und dies natürlich so günstig wie möglich. Das funktioniert in allen Bereich so. Die Sozialen Dienste sind keine Wohlfühl-Oase. Die Vorgaben für die Ausrichtung materieller Hilfe sind strikt und sehr klar. Es wird alles schriftlich dokumentiert.

Maya Pfrunder spricht den ausführlichen Bericht der Sozialdienstleiterin an. Die Ausarbeitung hat viel Zeit gekostet. Wenn man schon keine Zeit hat, sollten nicht noch solche Berichte verfasst werden. Es besteht ja bereits ein umfassender (und teurer) Bericht einer externen Firma.

Gemeindeammann Roland Huggler stimmt zu. Allerding ist der Bericht von Hüsser und Gmür auch schon zwei Jahre her. Frau Müller war dermassen unter Druck, dass das für sie wohl eine Art Hilferuf war. Sie hat viel während ihrer Freizeit verfasst.

Gemeinderätin Simonetta Cator Stirnemann hält fest, dass nun genau das ein Problem darstellt: Einerseits will man genau wissen, wo wieviel Geld und Zeit benötigt wird und andererseits soll man sparen.

6. Folgekosten von Beschlüssen

Schriftliche Antwort des Gemeinderats:
Die Finanzkommission nimmt Bezug auf den Prüfbericht Budget 2021 vom 18. September 2020 und den Gemeinderatsbeschluss vom 5. Oktober 2020. In diesem hat der Gemeinderat zugesichert, die Folgekosten von Beschlüssen zukünftig aufzuzeigen.
Im Erläuterungsbericht zur Rechnungsprüfung 2020 moniert die Finanzkommission, dass der Gemeinderat an der Gemeindeversammlung vom 18. Juni 2019 wie auch an der Gemeindeversammlung vom 18. August 2020 nicht über Folgekosten der entsprechenden Investitionen informiert hat.
Der Gemeinderat sichert der Finanzkommission nach wie vor zu, bei zukünftigen Investitionen die Folgekosten aufzuzeigen. Für die vorgenannten Beispiele wurde der Gemeinderat erst an der Sitzung vom 18. September 2020 darauf aufmerksam gemacht, dass die Folgekosten zu nennen wären.

Der Entscheid vom 29. März 2021 über die temporäre Bewilligung einer Pensenerhöhung betrifft nicht die Rechnung 2020. Die Folgekosten der Anstellung zeigen sich wie folgt:

<u>Bereits im Gemeinderatsbeschluss ausgewiesen:</u>		
Gehaltskosten geschätzt	*CHF*	*65'000*
Personalkosten 18 % Richtwert	*CHF*	*11'700*
<u>noch nicht ausgewiesene Folgekosten:</u>		
Arbeitsplatz Leitungsfunktion (bereits bestehend)	*CHF*	*0*
Arbeitsplatz Fallführung (bereits bestehend)	*CHF*	*0*
Büromaterial, Strom, Briefpapier und Porto	*CHF*	*100*

Unterhaltskosten Linden- und Holzerplatz
Im Budget 2021 wurden dafür CHF 12'000 budgetiert. Die restlichen CHF 8'000 sind für die jährlichen Unterhaltskosten welche seit Jahren anfallen.
Pro Monat wurde mit CHF 1'000 für Reinigungs- und Instandhaltung budgetiert. Dies gibt zirka 10 Stunden Aufwand. Die budgetierten CHF 12'000 Unterhalt sind als Folgekosten gedacht und somit hier korrekt ausgewiesen, scheinen aber aus heutiger Sicht zu hoch gegriffen. Wenn der Betrag nicht ausgeschöpft wird, wird in dieser Zeit eine andere Aufgabe erledigt und entsprechend der korrekten Funktion zugeordnet und verbucht. Mit anderen Worten: Die Kosten für das Bauamt fallen in der Gemeinde so oder so an. Während der Budgetphase werden diese Kosten nach bestem Wissen und Gewissen auf die verschiedenen Funktionen verteilt. Im Verlauf des Jahres können diese dann aufgrund der Arbeitsrapporte korrekt zugeteilt werden. Je nach angefallener Arbeit wird die eine oder andere Funktion belastet.

Wortbegehren der Finanzkommission
David Fischer, Präsident der Finanzkommission, erklärt, dass beim damaligen Gemeinderatsbeschluss über die Stellenprozenterhöhung wiederum die Folgekosten nicht erwähnt waren. Aus diesem Grund hat die Finanzkommission den Hinweis wieder eingebracht.

7. Status-Update Projekte

Schriftliche Antwort des Gemeinderats:
Revision Nutzungsplanung
Der Kredit Nutzungsplan hat nach Einnahmen der Kantonsbeiträge einen aktuellen Stand von rund CHF 239'900, Kostenüberschreitung CHF 5'000.
Welche Ausgaben in Sachen Anpassung Wildtierkorridor noch anfallen ist noch nicht bekannt.

Wortbegehren der Finanzkommission
David Fischer, Präsident der Finanzkommission, möchte wissen, ob noch ein Gemeindeversammlungsbeschluss notwendig ist.
Vizeammann Nadine Widmer erklärt, dass der Antrag für den Wildtierkorridor zusammen mit der Teilrevision Stapfe frühestens im November 2021 vorgelegt werden soll. Es gibt zwei verschiedene Geschäfte, aber es handelt sich beide Male um Teilrevisionen.

David Fischer fragt weiter, ob die Kosten im Rahmen des Nachtragskredits sind.
Vizeammann Nadine Widmer erklärt, dass aktuell eine Kostenüberschreitung von CHF 5'000 besteht und für den Wildtierkorridor noch etwas dazu kommt. Das sollte jedoch nicht mehr ins Gewicht fallen.

Elsbeth Martin möchte wissen, wo der Wildtierkorridor definiert wird.

Vizeammann Nadine Widmer führt aus, dass dieser in den Bereich zwischen Schafisheim und Seon bei der Wildtier-Blinkanlage zu liegen kommt. Vor zwei Jahren waren sie und der Gemeindeammann in Aarau vorstellig geworden, um den Wildtierkorridor so zu legen. Damals hatte man abschlägigen Bescheid erhalten. Nach einer Einwendung der betroffenen Landwirte ging es dann plötzlich. Eine unschöne Wendung, aber immerhin richtig für die Landwirte.

Teilrevision Stapfe
Es folgt die öffentliche Auflage, anschliessend Einwendungen und danach der Gemeindeversammlungs-Beschluss. Für die Teilrevision Stapfe sind Stand 29. April 2021 CHF 25'235.45 aufgelaufen.

Sanierung Ortsdurchfahrt TP 3 - 5
Es wird auf das Blatt Endkostenprognose Bauleitung vom 3. Mai 2021 verwiesen. Der noch ausstehende Abschnitt über die Kostenkontrolle Elektro TBS wird nachgeliefert sobald er eingetroffen ist.

Es sind keine Wortmeldungen gewünscht.

8. Status-Update Rechtsfälle

Schriftliche Antwort des Gemeinderats:
In einer Beistandschaftssache wurde ein Schaden angemeldet über rund CHF 2'000. Das Verfahren ist pendent. Eine Versicherungsdeckung besteht. Der Ausgang des Verfahrens ist Stand heute ungewiss.

Ein Werkhofmitarbeiter hat mit dem Fahrzeug eine SBB-Hochspannungsleitung beschädigt. Das Verfahren ist unseres Wissens noch nicht abgeschlossen. Allenfalls entsteht ein Haftungsfall.

Gegen das Baugesuch Begegnungs- und Spielplatz Lindenplatz und Holzerplatz ist eine Einwendung eingegangen. Stand heute ist der Ausgang des Geschäfts ungewiss.

Per 27. April 2021 sind dem Gemeinderat keine weiteren Rechtsfälle bekannt.

Es sind keine Wortmeldungen gewünscht.

9. Finanzplanung

Schriftliche Antwort des Gemeinderats:
Die Berichterstattung über die Finanzplanung betrifft nicht die Rechnungsprüfung 2020.
Der Gemeinderat und die Finanzkommission haben bereits eine Sitzung festgelegt, an welcher diese Punkte besprochen werden. Der Gemeinderat bedient die Finanzkommission mit dem Finanzplan und weiteren Unterlagen.

Für das Protokoll
GEMEINDEKANZLEI SCHAFISHEIM
Gemeindeschreiber

Stefan Ackermann

Verteiler per Mail
- Finanzkommission (5)
- Abteilung Finanzen
- Gemeinderat (5)